

Unsere Untersuchung an Luhmanns Rechtssoziologie auszurichten, ist per se kein Votum für einen systemtheoretischen Ansatz schlechthin. Luhmanns Theorie haben wir insbesondere wegen der *doppelten Offenheit*¹ gewählt, die familiengerichtliche Verfahren zur Sicherung des Kindeswohles zu Eigen ist: der Ausgang solcher Verfahrens ist offen einerseits aufgrund unbestimmter Rechtstitel zur Bestimmung darüber, ob Kindeswohlgefährdung vorliegt oder nicht.² Andererseits müssen sich in den Verfahren *drei* Professionen *gemeinsam* oder in *Mehrheitspaaren* darüber abstimmen, ob eine solche Gefährdung existiert. Mithin bewirkt die von den unbestimmten Rechtsbegriffen erzwungene Offenheit notwendiger Weise die Offenheit zum interprofessionellen Austausch.

Wir wollen uns zunächst (2.1) vergewissern, was Luhmann unter Verfahren versteht, dann (2.2) klären, welchem Legitimitätsbegriff er folgt, abschließend (2.3) jene Kategorien erläutern, mit denen sich Gerichtsverfahren nach Luhmann beschreiben und bewerten lassen.

2.1 Verfahren als soziales System

Verfahren stellen keine feste Folge bestimmter Handlungen dar, weshalb sie sich vom alternativlosen Ablauf eines Rituals unterscheiden. Der Unterschied zu Ritualen liegt primär in der Ungewissheit ihres Anfangs und der Offenheit für Ver-

¹ Inwieweit die Offenheit des Verfahrensausganges in besonderer Weise mit Luhmanns *Legitimation durch Verfahren* ‚korrespondiert‘, wird später auszuführen sein.

² Hier gilt es allerdings zu differenzieren. Unbestimmte Rechtstitel bestimmen *unmittelbar* nur ASD und Richter; das Handeln von Gutachtern bestimmen sie allenfalls nur *mittelbar* und nur soweit, als sich infolge der Methodik der beiden anderen Verfahrensprofessionen Dissens oder Unsicherheit bei der Legitimation ergeben, den Eltern zur Sicherung des Kindeswohles das Sorgerecht zu entziehen.

haltungsalternativen. Motor eines Verfahrens ist die selektive Entscheidung der an ihm Beteiligten, womit sie schrittweise Alternativen eliminieren, die Komplexität eines Falles reduzieren und damit nach und nach Ungewissheiten absorbieren. Jede Information, vermittelt derer die anderen am Verfahren Mitwirkenden reagieren, hat eine selektierende und komplexitäts-reduzierende Wirkung (40).³ So entwickelt sich im Verfahrensverlauf eine Entscheidungsgeschichte, in der jede Teilentscheidung zum Faktum und zur Prämisse weiterer Entscheidung wird. Damit wird ein Verfahren zu einem *sich selbst steuernden*⁴ Handlungszusammenhang (40 f.), den Luhmann einerseits als soziales System, andererseits als Prozess begreift.⁵

Als soziales System hat ein Verfahren die Funktion und Aufgabe, verbindliche Entscheidungen – unbesehen der Dauer ihrer Gültigkeit – zu erarbeiten. Damit ein Verfahren solche Entscheidungen erbringt, muss er folgende Eigenschaften aufweisen:

- Verfahren müssen einen Unterschied zwischen Innen und Außen konstruieren, wobei das Äußere übermäßig⁶ komplex und schwer überschaubar ist, im Inneren diese Komplexität reduziert und damit ein Handeln nach begrenzten Möglichkeiten erlaubt wird.
- Ein Verfahren verhält sich selektiv zur Umwelt und entwickelt dabei eine ihm eigene ‚subjektive‘ Sicht, die nur bestimmte Fakten, Ereignisse und Erwartungen für bedeutsam erklärt.
- Anhand der Reduktion von Komplexität erfolgt eine Generalisierung von Verhaltenserwartungen (42), die *zeitlich* für längere Strecken, *sachlich* für verschiedene Situationen, *sozial* für eine Mehrzahl von Personen gelten.
- Zwar sind Verfahren durch Rechtsnormen vorgezeichnet, ohne dass sie in solchen Normen aufgehen. Erwartet wird nämlich von einem Verfahren, dass es die unendliche Vielzahl der *Verfahrensweisen* reduziert, ohne *umständlich* über Sinn und Zweck zu streiten.

³ Die nachfolgend in Klammern gesetzten Ziffern verweisen auf die Seitenangabe im Luhmann-Text.

⁴ Für „*sich selbst steuernd*“ hat Luhmann den Begriff *autopoeitisch* gewählt.

⁵ Es gehört – ohne hier näher darauf eingehen zu wollen – zum systemtheoretischen Axiom Luhmanns, die aus seiner Sicht ‚*vermeintliche*‘ Entgegensetzung von System und Prozess aufzugeben.

⁶ Im Kontext des untersuchten Themas beispielsweise die lange, komplexe vorgerichtlichen Phase von Hilfemaßnahmen seitens des Jugendamtes, die aus verschiedenen Gründen oft erst angenommen, dann wieder verweigert werden.

- Verfahren setzen eine strukturelle Rahmenordnung⁷ voraus, innerhalb derer es (als Teilsystem) eine Autonomie besitzt.
- Autonom sind die am Verfahren Mitwirkenden darin, ihr Verhalten zu wählen – immer jedoch unter der Prämisse der Zurechenbarkeit. Jede Kommunikation ist Information, die Möglichkeiten eröffnet, verdichtet oder ausscheidet. Äußerungen binden; verpasste Gelegenheiten kehren nicht wieder; verspäteter Protest macht unglaublich und nur durch ‚Kunstgriffe‘ können schon reduzierte Komplexitäten wieder geöffnet werden (45).
- Der Zwang zur *Synchronisation* macht Interaktion für den einen zu schnell, für den anderen zu langsam. Vorteile hat a) der Schnellere, also der geschulte, erfahrene „Experte“ und b) derjenige, der selbst wenig eigene Handlung beisteuert und so Zeit gewinnt für seine „Züge“ und „Orientierungen“. Der Langsamere muss handeln – und kann dann erst überlegen, was er getan hat (46).
- Neben Rechtsnormen bestimmen ein Verfahren immer auch normativ-soziale Erwartungen, die Spielregeln gleichen. Solche Regeln unterstützen oder sanktionieren das Verhalten der Beteiligten. Wer nur „reagiert“ wird „regiert“ oder zu ständigen Kompromissen genötigt.
- Die am Verfahren Beteiligten treten in autonomen, berufsspezifischen Rollen auf. Diese sind jedoch nicht identisch mit jenen Rollen, die sie außerhalb des Verfahrens einnehmen (48). Eine solche Trennung schützt sie vor Folgeverantwortungen in außergerichtlichen Rollen.
- Die Autonomie des Verfahrens und der selektierende Kommunikationsprozess ermöglichen konkurrierende, auch kontradiktorische Rollen. Mögliche Rollenkonflikte können Schwierigkeiten und Unsicherheiten, die jedes Verfahren kennzeichnen, steigern (49).

2.2 Legitimität durch Verfahren

Mit zunehmender *Rechtssetzung* (durch die Exekutive) hat die *Rechtslegitimität* jenen inneren Halt verloren, den beispielsweise ‚göttliches‘ Recht reklamiert, und auch im Naturrecht gegeben zu sein schien. Versteht man Legitimität als „Überzeugung von der Gültigkeit des Rechts“, als auf Prinzipien basierende verbindliche Normen, stellt sich die Frage, warum solche Überzeugungen, Prinzipien und Verbindlichkeiten akzeptiert werden. Worauf beruft sich eine solche Akzeptanz, wenn sie weder auf Zwang, noch auf Konsens oder Interessenübereinstimmung beruht? Selbst wenn man Legitimität als „*generalisierte Bereitschaft* (auffasst), in-

⁷ Solche Rahmenordnungen werden im Prozessrecht festgelegt.

haltlich noch unbestimmte Entscheidungen innerhalb einer gewissen Toleranzgrenze hinzunehmen“⁸, bleibt offen, worauf eine solche Bereitschaft gründet. „Liegt ihr ein relativ einfaches psychologisches Motiv zugrunde“, oder ist sie „Ergebnis einer Vielzahl von sozialen Mechanismen, die heterogene Motivkonstellationen legalisieren?“⁹ Da Luhmann offensichtlich für die letzte Variante plädiert, verweist er zunächst darauf, dass die zunehmende Komplexität moderner Gesellschaft traditionelle Formen unmittelbarer Einigung heute ausschließt. Auch semantische Arbeit an Begriffen (kategoriale Abstraktion) stößt an Grenzen, weil jede Einzelentscheidung begründet werden muss. An die Stelle unmittelbarer Einigung oder kategorialer Begriffsarbeit treten in hochkomplexen Gesellschaften „generelle, umweghafte Mechanismen“.¹⁰ *Legitimität durch Verfahren* stellt einen solchen Mechanismus dar: „An die Stelle naturrechtlicher Begründungen... finden Verfahren eine Art generelle Anerkennung, (die ihrerseits) die Hinnahme und Beachtung verbindlicher Entscheidungen nach sich zieht.“¹¹

Nach Luhmann findet mit der modernen Rechtssetzung letztlich eine Umrüstung des Legitimitätsbegriffes statt: von *prinzipiellen Überzeugung hin zur Anerkennung von Entscheidungen*. Legitimität meint demnach ein Zweifaches: akzeptieren von *Entscheidungsprämissen* sowie Akzeptanz von Entscheidungen *selbst*. Diese Legitimität ermöglicht eine alternative Einstellung: a) Prinzipien und Normen werden zwar akzeptieren, jedoch die Entscheidungen verworfen, oder man b) akzeptiert die Entscheidungen, ohne sich um die Werte zu kümmern, auf denen sie beruhen.¹² Dabei ist sich Luhmann bewusst, dass sein Legitimitätsverständnis der herrschenden Auffassung widerspricht, welche „die Logik des juristischen Entscheidens“ noch immer überschätzt und an Prinzipien und Überzeugungen festhält.¹³ Demgegenüber gebietet Luhmanns Legitimationsbegriff, sich gleichsam von *Rechtfertigungsprinzipien* zu emanzipieren und die Legitimationsarbeit auf *Anerkennen oder Akzeptanz von Entscheidungsverfahren* zu verlagern.

Dass Betroffene die Entscheidung als Prämisse ihres eigenen Verhaltens übernehmen und demgemäß ihre Erwartungen (neu) bestimmen, kann vielerlei Gründe haben und auf vielerlei Art und Weise geschehen (33). Welche Gründe ausschlaggebend sind, lässt Luhmann dahingestellt. Entscheidend ist für ihn, dass jeder Anerkennung ein Lernprozess zugrunde liegt, infolge dessen ein Betroffener

⁸ Luhmann, S. 28 (Hervorhebung von Luhmann).

⁹ ebd.

¹⁰ Luhmann, S. 30.

¹¹ Luhmann, S. 30 f.

¹² Luhmann, S. 31.

¹³ ebd. – FN #27.

seine Prämissen verändert bzw. verändern kann, nach denen er Erlebnisse verarbeitet, Handlungen auswählt und sich ‚anders‘ darstellt. Hadert er jedoch mit einer Entscheidung, verweigert er sich letztlich dem Lernprozess.

Solches Lernen kann der einzelne nicht selbst erbringen. Wenn Legitimität „gerade nicht auf ‚freiwilliger‘ Anerkennung (und) auf persönlich zu verantwortender Überzeugung beruht“, bedarf es eines „sozialen Klima(s), das die Anerkennung verbindlicher Entscheidungen als Selbstverständlichkeit institutionalisiert.“¹⁴ Wer Anerkennung einer Entscheidung als bloße Übernahme und Konformität versteht, überschätzt psychische Mechanismen und verkennt zugleich, dass aus neuen Einstellungen nicht per se ein verändertes Verhalten folgt.

Legitimation von Entscheidungen vermittelt eines effektiven, störungsfreien Lernens gelingt nur, wenn Einzelne oder Organisationen neue Erwartungen implementieren, ohne damit erhebliche Funktionsstörungen auszulösen. Damit im Verfahren Legitimation erbracht wird, sind nach Luhmann folgende Faktoren ausschlaggebend:

- die innere Konsistenz der durch Entscheidungen hergestellten Rechtsordnung;
- einer rechtspolitischen Arbeit, die mit Sorgfalt einzelne Entscheidungsprogramme abstimmt sowie eine juristische Rhetorik;
- eine Darstellungskunst der Rechtsanwendenden, die innere und äußere Grenzen hat und nur mittels einer Spezialausbildung erworben werden kann.

Sind diese Faktoren gegeben, lässt sich *Legitimation durch Verfahren* als institutionalisierter Lernprozess und als Umstrukturierung von Erfahrungen begreifen. Eine solche Legitimation gelingt aber nicht durch das Verfahrensrecht. Sie gelingt vielmehr durch Umstrukturierung von Erwartungen, welche sich aus Kommunikationsprozessen ergeben, die nach rechtlichen Regelungen ablaufen (37).

2.3 Luhmanns Verfahrenskategorien

Gerichtliche Verfahren sind nach Luhmann dann empirisch erfassbare Handlungssysteme, wenn sie a) durch Rechtsvorschriften, b) durch gesellschaftlich institutionalisierte Übungen und c) fallweise durch sich herausbildende *Verhaltenserwartungen* gesteuert werden. Um die Funktionen von Verfahren, die Probleme, die dabei zu lösen sind, und insbesondere die sozialen Mechanismen, die dabei ins Spiel kommen, beschreiben und analysieren zu können, schlägt Luhmann neun

¹⁴ Luhmann, S. 34.

Kategorien vor. Von diesen werden nachfolgend jene (fünf) skizziert, die für unsere Untersuchungen relevant sind.¹⁵

Autonomie Autonomie meint ausschließlich Steuerung der Austauschprozesse durch *systemeigene* Strukturen. Die (begrenzte) autonome Informationsverarbeitung im Gerichtsverfahren schließt zwar eine Abhängigkeit von der Umwelt nicht notwendigerweise aus. Dennoch ist Autonomie dann gegeben, wenn a) eigene Gesichtspunkte für das weitere Verhalten und Verfahren erarbeitet werden; b) entschieden wird, welche Umweltinformationen über Normen und Tatsachen herangezogen werden; c) die am Verfahren Mitwirkenden frei bei der Auswahl der Gesetze, Anträge, Zeugen und Tatsachenkonstellationen sind. So verstanden ist die *Verfahrensautonomie* stets größer als die Autonomie des *Richters* (70).

Selbst wenn Umwelteinflüsse ausgeschlossen werden (können), ist die Verfahrensautonomie zeitlich, sachlich und sozial von verschiedenen Faktoren abhängig: a) die Zeitdimension besteht darin, dass einem Verfahren von außen unterschiedliche Zeitdimensionen und Zeiterwartungen entgegenstehen; b) in sachlicher Hinsicht wird der autonome Entscheidungsspielraum des Verfahrens durch Sinnunterschiede relativiert, die zwischen dem Verfahren als sozialem System und der Umwelt bestehen können (71); c) die soziale Dimension ist durch die Umweltdifferenzierung gegeben – etwa dadurch, dass Rechtsinstanzen von jenen Instanzen zu unterscheiden sind, die Tatsachen als wahr/falsch angeben.

Im Verfahren ist deshalb zu entscheiden, ob normative oder faktische Steuerungsprämissen dominieren. Sozialer Druck drückt sich darin aus, ob „die Normen nach Maßgabe der Tatsachen des Falles aus(ge)such(t) und aus(ge)leg(t) werden (oder ob) umgekehrt die Tatsachen nach Maßgabe der Normen“ gewürdigt werden. Zwar trennt das Verfahrensrecht streng zwischen Rechtsfragen und Tatsachenfragen, doch funktioniert diese Trennung stets unter dem ‚Diktat‘ der Umwelt. Verfahren können selbst in sehr komplexen Gesellschaften durch Zeitdruck gefährdet werden. Andererseits gilt aber auch, dass bei zunehmender Komplexität der Tatbestandswürdigung die Selektivität und Autonomie des Verfahrens größer werden.

Summa summarum ist aus Luhmanns Sicht eine auf Ausdifferenzierung¹⁶ gründende Autonomie für die *Legitimation* eines Verfahrens deshalb von grundlegender

¹⁵ Nicht aufgenommen werden die Kategorien Ausdifferenzierung, Grenzen der Lernfähigkeit, Darstellung für Unbeteiligte sowie Programmstruktur und Verantwortlichkeit.

¹⁶ Unter Ausdifferenzierung versteht Luhmann die Grenzfestigung des Verfahrens zur Umwelt: ohne beide kausal und kommunikativ zu isolieren, wird mit einem Verfahren eine eigenständige Sinnsphäre etabliert, damit selektive Prozesse der Verarbeitung von Umweltinformationen durch systemeigene Regeln und Entscheidungen gesteuert werden können. Mit anderen Worten: Struktur und Ereignis der Umwelt gelten im Verfahren nicht automatisch,

Bedeutung, weil nur so die Beteiligten motiviert werden können, a) im Verfahren selbst Risiken zu übernehmen, b) Ungewissheit durch Eliminierung anderer Möglichkeiten zu absorbieren und c) sich dadurch selbst Schritt für Schritt zu binden.

Kontaktsystem Die integrative Funktion der Verfahrensbeteiligung wird durch eine Kooperation mit eingeübten wechselseitigen Abhängigkeiten der Professionen untereinander erhöht (75). Die an einem Kontaktsystem Beteiligten stehen unter dem Gesetz des Wiedersehens, das sie zur Generalisierung von Perspektiven zwingt, auf die der in einem Verfahren jeweils ‚Überlegene‘ Rücksicht nehmen muss.

Auch die Generalisierung von Perspektiven kennt eine zeitliche, sachliche und soziale Dimension: a) der für die Beteiligten relevante Zeithorizont wird größer; b) sachlich kommen Handlungsmöglichkeiten in den Blick, die an sich gar nicht zusammenhängen; c) sozial vereinheitlicht sich der Stil der Begegnung – etwa als Kooperation oder Konflikt. Wenn bei zunehmender Komplexität eines Falles die Orientierungsmöglichkeiten der Beteiligten überfordert werden, kann eine Vereinfachung nur noch in der Sozialdimension geleistet werden (76). „Gute Beziehungen“ motivieren zu Vorstößen der Beteiligten wie zu ihrer Stärkung, zur Vertiefung und zu Rücksichten: Eine wechselseitige Orientierung gebietet, offen bleibende Möglichkeiten zu antizipieren, darauf zu vertrauen, dass Nachgiebigkeit und Kooperationswilligkeit honoriert werden, schließlich Vertrauen und Vertrauenswürdigkeit zu pflegen, um die Atmosphäre nicht zu trüben und Feindseligkeit zu vermeiden.

Die Wirkung der Pflege eines Kontaktsystems liegen darin: 1) beim nächsten Mal besser zu (ver)fahren; 2) Opposition zu dämpfen und prinzipielles Verständnis zu zeigen; 3) eine Niederlage der ungünstigen Rechtslage zuzurechnen statt Böswilligkeit und Vorurteile zu unterstellen. Die wechselseitig respektierte Belastungsgrenze wird somit zur Grenze des Kontaktsystems: Jeder muss berücksichtigen, was er dem anderen zumuten kann oder will; er muss im Voraus kalkulieren, wann der andere die Herrschaft über sich selbst verliert und damit das soziale System sprengt (78).

Weil Kontaktsysteme das Verfahren vorab legitimieren bzw. legitimieren können, stoßen sie gelegentlich auf richterliches Misstrauen. Richter befürchten, dass die Rechtsordnung unterlaufen und die Regeln des Verfahrensrechtes aus den Angeln gehoben werden. Andererseits schätzen Richter aber auch den Wert eines Kontaktsystems: es verhilft zu einem zeitsparenden Kompromiss oder bietet die Möglichkeit, Zeit zu gewinnen. Ohne Kontaktsystem könnten sie zu einem „Mus-

sondern nur vermittels eigener, gefilterter Anerkennung eines Gerichtsverfahrens. – Luhmann, S. 59. Jürgen Habermas sieht dies bekanntlich anders.

terprozess“ genötigt sein. Zwischen beiden Polen gilt: Kontaktsysteme mediatisieren den offiziellen Rechtsschutz, indem sie ihn zum Gegenstand einer vorgängigen sozialen Abstimmung machen (79). Die Rote Linie besteht dort, wo Kontaktsysteme den Willen des Gesetzgebers zum Entgleisen bringen und gegen das Gleichheitsprinzip verstoßen (80).

Rollenübernahme Unter Bezug auf G.H. Meads *role-taking* lotet Luhmann Möglichkeit wie Fähigkeit von am Verfahren Beteiligten aus, unterschiedliche Rollen zu übernehmen. Durch die Übernahme einer fremden Rolle sowie durch die Fähigkeit, sich in die Rolle anderer hineinzusetzen, kann er sich selbst eine eigene, aus seiner Sicht dem Verfahrensverlauf angemessene Rolle zuweisen. Dabei kann er diejenigen Aspekte herausfinden, die auch für die Perspektive seines Gegenübers Sinn ergeben (83). Das dergestalt stattfindende Rollenspiel basiert darauf, dass Menschen ihre eigene Identität in und mit Hilfe von gesellschaftlich vorkonstruierten Rollen lernen. Ein Rollenspiel pendelt stets zwischen dem Nachteil einer (Rollen)Überdehnung einerseits und der Möglichkeit andererseits, mit der gewählten Rolle seine Chancen zu erhöhen (85).

Rollenübernahme verweist darauf, dass sich die Verfahrensbeteiligten korrespondierend verhalten und sich mit der Einlassung auf eine bestimmte Rolle in ein Handeln verstricken. Es ist dabei Aufgabe des Richters, dass alle am Verfahren Beteiligte einen sicheren Verhaltensrahmen besitzen, um die Funktionsfähigkeit des Verfahrens zu sichern. Außerdem besteht der richterlich Beitrag darin, dass die von den Beteiligten gewählte Rolle zur Entscheidungshinnahme motiviert und damit die Hinnahme seiner Entscheidung durch die anderen Verfahrensbeteiligten erhöht wird.

Darstellung und Entlastung Rollenübernahme ist immer auch Selbstdarstellung. Da niemand ignorieren kann, ob er wahrgenommen wird oder nicht, muss er sein Verhalten insbesondere daraufhin unter Kontrolle halten, dass seine Darstellung konsistent ist (91). Er muss die einmal eingenommene Rolle weiterspielen, um glaubwürdig zu sein und eine ungebrochene Interaktion sicherzustellen. Nur so wird im Verfahren ein berechenbares Verhalten gewährleistet. Wenn somit Inszenierung zur Regel wird, kann diese auch zur Fessel, gar zur Falle für die Beteiligten werden. Gegen angenommene und eingespielte Rollen kann man sich im späteren Verfahrensverlauf – etwa durch neue Nuancierungen – nur mit Mühe zur Wehr setzen (98).

Besteht zu Beginn des Verfahrens ein verhältnismäßig großer Frei- und Spielraum in der Rollenübernahme, führen solche Übernahme im weiteren Verfahrensverlauf zur festen Rollenbindung. Mit der verhältnismäßig frühen Rollenübernah-

me werden Positionen eingenommen, noch bevor das Verfahren zu seinem Urteil kommt. Frühe Entscheidung für einen bestimmten Darstellungsmodus setzt dem weiteren Verhalten Schranken und verringert die Möglichkeit, sich der eingeschlagenen Verfahrensgeschichte zu entziehen.

Mit Bezug auf professionelle Pflichten und berufliche Befugnisse kann auch ein „unpersönliches Handeln“ oder eine „expressive Rollendistanz“ eingenommen werden. Damit werden zwar Fluss und Verlauf des Verfahrens nicht aufgehalten, wohl aber reduziert der sich Distanzierende von seinem bisherigen Engagement (95). Rollendistanz und *unpersönlicher* Verhaltensstil sind unterschiedlich verteilt. Während sie vom Richter strikt erwartet werden, genießen die anderen Beteiligten diesen Schutz nur eingeschränkt, weil ein Verfahren darauf angelegt ist, deren Persönlichkeit einzufangen und zu binden (97). Sie werden deshalb zur Auskunft verpflichtet, haben andererseits aber auch das Recht, eine Stellungnahme zu verweigern.

Erlaubter Konflikt In Gerichtsverfahren wird kontradiktorisch verhandelt, also gegeneinander (100). Der Vorteil institutionalisierter Konflikte ist bekannt; worauf aber liegt sein Erfolg? Da Konflikt- und Gesellschaftsstrukturen korrelieren, gilt für moderne Gesellschaften zunächst: An Stelle unentscheidbarer müssen entscheidbare Konflikte treten. Damit wird verhindert, dass ein spezifischer Konflikt generalisiert und auf andere Felder und Beziehungen übergreift. Dabei darf allerdings die Ernsthaftigkeit eines Konfliktes nicht in einer ‚Zeremonie‘ ritualisiert werden. Er muss vielmehr so institutionalisiert werden, dass er als spezifischer Konflikt erlaubt ist und auf das Spezifische begrenzt bleibt. Dies zu ermöglichen, ist zwar Aufgabe der Richtenden. Doch deren Kompetenzverteilungs-Privileg ist beschränkt. Wichtiger ist, welches Verhalten den Parteien nahegelegt ist:

- sich müssen sich wechselseitig in der Rolle einer Partei anerkennen;
- sich dabei wechselseitig einen Freibrief für Gegnerschaft ausstellen;
- das Prinzip der Gleichheit als wesentliches Verfahrensprinzip anerkennen;
- wissen, dass an die Stelle des Interessenkonfliktes der Dissens über Tatsachen und Rechtsfragen tritt
- und schließlich verinnerlichen, dass eine Äußerung nicht über Wahrheit, sondern über die Gewinnchancen entscheidet.

Kindeswohl zwischen Jugendhilfe, Justiz und Gutachter

Eine empirische Untersuchung

Schneider, K.; Toussaint, P.; Cappenberg, M.

2014, XI, 245 S. 2 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01901-3